Gemeinde Iffezheim - Beschlussvorlage

TOP: 1.5
Vorlage Nr.: 996/2019
Aktenzeichen: 630.039
Fachbereich: Hauptamt
Vorlage vom: 15.04.2019

Beratungsfolge	Termin	
Gemeinderat	29.04.2019	

Gegenstand der Vorlage

Aufstellung einer Stellplatzsatzung für das Gemeindegebiet

- a) Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- b) Beschluss zur Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Beschlussvorschlag:

- a) Der Gemeinderat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB die Aufstellung einer Stellplatzsatzung gemäß den beigefügten Anlagen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss öffentlich bekannt zu geben.
- b) Ferner beschließt der Gemeinderat die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches (§ 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB) durchzuführen. Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit wird ortsüblich bekannt gemacht.

Beratungsergebnis:						
einstimmig	mit Stimmenmehrheit	Anzahl JA	Anzahl NEIN	Anzahl Enthaltungen	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschlussvorschlag
☐	☐				☐	☐

Sachverhalt:

Die Verwaltung wurde aus der Mitte des Gemeinderates in den öffentlichen Bauausschusssitzungen vom 11.12.2017 und 05.03.2018 um Prüfung einer Stellplatzverordnung gebeten sowie schließlich in der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 18.03.2019 mit dem Erlass einer regelnden örtlichen Stellplatzsatzung beauftragt. Gleichzeitig wurden mit dem Beschluss die außerplanmäßigen Mittel für die „Planungsleistungen“ von rund 8.000,00 € bewilligt.

Gesetzliche Grundlage für den Erlass einer Stellplatzsatzung ist § 74 Abs. 2 LBO. Hiernach darf die Gemeinde, wenn Gründe des Verkehrs, städtebauliche Gründe oder Gründe sparsamer Flächennutzung dies rechtfertigen, für das Gemeindegebiet oder für genau abgegrenzte Teile des Gemeindegebietes die gesetzliche Stellplatzverpflichtung bis auf 2 Stellplätze pro Wohnung erhöhen.

In Iffezheim liegt in großen Teilen des Innenbereichs (§ 34 BauGB) kein gültiger Bebauungsplan vor und somit keine explizite Stellplatzverpflichtung. Vor diesem Hintergrund gilt hier grundsätzlich die allgemeine Stellplatzverpflichtung gemäß § 37 Abs. 1 Landesbauordnung.

Die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) sieht in § 37 Abs. 1 vor, dass bei der Errichtung von Gebäuden mit Wohnungen für jede Wohneinheit ein geeigneter Stellplatz herzustellen ist.

Intention/Ziel einer Stellplatzsatzung ist dem erhöhten Parkdruck innerhalb des Ortes entgegenzuwirken und damit die Verkehrs- und Parksituation im Ortskern einer Gemeinde verbindlich zu regeln. Gerade in der verdichteten Bebauung im Ortskern wird von Anliegern, aufgrund der mangelnden Parkflächen auf dem eigenen Grundstück, oft auf der Straße oder unzulässiger Weise auf dem Gehweg geparkt, wodurch entweder der Verkehrsfluss oder der freie Durchgang für Fußgänger beeinträchtigt wird. Die Einführung einer Stellplatzsatzung auf Grundlage des § 74 Abs. 2 Landesbauordnung wäre ein probates Mittel, um hier für Entlastung zu sorgen.

Wird die Stellplatzverpflichtung als eigenständige örtliche Bauvorschrift – wie hier vorgeschlagen als Stellplatzsatzung – erlassen, sind nach § 74 Abs. 3 LBO bzgl. des Aufstellungsverfahrens die §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 und 13 Baugesetzbuch (BauGB) zu beachten: auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange kann demnach verzichtet werden, die öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB sind durchzuführen.

Vor dem Hintergrund des vorhandenen Parkdrucks sowie zur Gewährleistung und Verbesserung der Verkehrssicherheit im Ort schlägt die Verwaltung die Aufstellung der als Anlage beigefügten Stellplatzsatzung vor.

Für den Teil des Gemeindegebietes hat die STEG in ihrem Entwurf einer Stellplatzsatzung eine Einteilung in drei Zonen vorgenommen. Ausgenommen hiervon sind die Bereiche der Bebauungspläne „Nördlich der Hauptstraße“ und „Lustgarten“, da hierfür bereits gesonderte Stellplatzregelungen in Höhe von 1,5 Stellplätzen gelten. Zone I und II sehen für neue Wohneinheiten aus Gründen des Verkehrs bzw. der Straßenbreiten zwei Stellplätze pro Wohnung vor. Für die Zone III ist eine Erhöhung auf 1,5 Stellplätze pro Wohnung ausgewiesen (s. beigefügte Begründung zur Stellplatzsatzung).

In der Sitzung wird eine Vertreterin der STEG den Entwurf erläutern und für Fragen zur Verfügung stehen.

Anlagenverzeichnis:

- Satzung über die Erhöhung der Anzahl der notwendigen Stellplätze (Stellplatzsatzung) mit Begründung
- Stellplatzsatzung zeichnerischer Teil